

Schule und Sühne

In Meißen behauptet ein AfD-Mann, von der Debatte über den Angriff eines Flüchtlingsjungen ausgeschlossen zu werden. Doch er erzählt nicht die ganze Wahrheit **VON ANNE HÄHNIG**

Carsten Hütter musste 52 Jahre alt werden, um aus der Schule zu fliegen. Es geschah am 8. November, gegen 19 Uhr. Hütter war zu einem Elternabend an der Pestalozzi-Oberschule in Meißen erschienen. Es sollte in der Diskussionsrunde um einen Vorfall gehen, der die Schule seit Tagen beschäftigte – eine Prügelei zwischen ausländischen und deutschen Schülern, in deren Verlauf ein Flüchtlingsjunge, ein unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber, ein Cuttermesser gezogen haben soll. Carsten Hütter, Abgeordneter der AfD im Sächsischen Landtag und sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion, fühlte sich für das Thema zuständig. Eltern hatten ihm von der Veranstaltung erzählt, also ging er hin. Der Schulleiter aber verwies ihn des Hauses.

»Was soll hier vertuscht werden?«, stand tags darauf in einer Pressemitteilung der AfD-Fraktion. »Gegen den ausdrücklichen Wunsch fast aller Eltern« sei Hütter hinausgeworfen worden. Zudem mutmaßt Hütter, die Schule habe die gewalttätige Auseinandersetzung zwischen den Schülern »auf ausdrücklichen Wunsch des Kultusministeriums« nicht öffentlich gemacht. Das jedenfalls habe er »gehört«. Sollte sich dies bewahrheiten, so Hütter, dann hieße dies, das Kultusministerium habe »Gesundheit und möglicherweise auch Leben der eigenen Schüler durch Vertuschen gefährdet, nur um die fehlgeleitete Asylpolitik der eigenen Regierung nicht in »Verfuf zu bringen«.

Harter Tobak: Wird die AfD aus Veranstaltungen herausgehalten, damit das Wirken krimineller Flüchtlinge nicht öffentlich wird?

Die gute Nachricht: Man kann mit Carsten Hütter reden. Er gehört nicht zu den AfD-Politikern, die Medien meiden, er ist ein offener, umgänglicher Typ. Es fällt auf, dass Hütter am Telefon sehr viel milder über den Vorfall an der Meißener Oberschule spricht: »Ich habe einen Sohn im gleichen Alter, 13, und ich weiß, dass die Jungs gern einmal Machogehabe an den Tag legen«, sagt er. Aber wenn

der Begriff Messer falle, dann erschrecke man sich. Er selber sei bestimmt kein »Asylhasser«. Und er sei auch nicht zu der Schule gefahren, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Sondern weil sich eine Mutter an ihn gewandt und ihn eingeladen habe.

Am Telefon also klingt Hütter schon viel weniger empört, und den Grund weiß der Schulleiter der Pestalozzi-Oberschule. Lutz Jacob, 62, empfängt in seinem Büro, er ist ein schlanker, zurückhaltender Mann. War es wirklich so eine kluge Idee, einen AfD-Abgeordneten aus der Schule zu schmeißen? Jacob entgegnet: »Haben Sie es schon einmal erlebt, dass Politiker zu einem Elternabend erscheinen?«

Aber die AfD spricht doch von einem öffentlichen Informationsabend.

»Nein«, sagt Jacob. »Wir haben ausschließlich Eltern eingeladen, niemanden sonst. Das war eine interne Veranstaltung in einem Klassenraum, bei der auch Namen von Schülern genannt werden.« Deswegen müssten alle Eltern zustimmen, ehe ein Fremder teilnehmen könne. Er, Jacob, habe Hütter diese Gelegenheit sogar gegeben. Er sei mit ihm in den Klassenraum gegangen, habe Hütter darum gebeten, sich den Eltern einmal vorzustellen. Aber eine Mutter habe sich gegen Hütters Teilnahme verwahrt, und das sei ihr gutes Recht gewesen.

Was bleibt, ist der Vorwurf, dass die Schule oder der Freistaat den Vorfall zu vertuschen versucht habe. Und zwar ausgerechnet in Meißen, jener Region, in der die AfD besonders stark ist, in der auch einige der Pegida-Organisatoren zu Hause sind. »Ich finde den Vorwurf ganz schön unverschämte«, sagt Jacob. Und erzählt dann, was sich beim sogenannten Messervorfall seines Wissen nach ereignet habe: Nach dem Sportunterricht in einer siebten Klasse habe ein deutscher Schüler einen ausländischen Klassenkameraden zu Boden geschubst und sich auf ihn gekniet. Dabei sei die Brille des Flüchtlingsjungen kaputtgegangen. Ein weiterer Schüler, ebenfalls Flüchtling, habe versucht, seinem Freund zu

helfen, er habe sich gebückt und etwas vom Boden aufgehoben. Um was es sich handelte, habe bis heute nicht geklärt werden können. Einige Kinder erkannten jedenfalls ein Messer. Die Lehrer hätten deshalb die Kleidung und den Rucksack des Schülers komplett durchsucht, ebenso das Areal rund um die Turnhalle. Das Gleiche hätten auch noch einmal Polizisten getan. Niemand fand ein Messer.

Nach dem Vorfall forderte die Schule alle Schüler der Klasse auf, den Vorfall schriftlich zu schildern. Ein Schüler, der zunächst behauptet hatte, dass ein Flüchtlingsjunge ihm eine Schürfwunde beigebracht hatte, gab später zu, über seine eigenen Füße gefallen zu sein. Außerdem rief die Schule Mitarbeiter der Diakonie, als Krisenbewältigungsteam gewissermaßen. In der Klasse sei der Vorfall zwei Stunden lang besprochen worden. »Wir haben wirklich alles getan, was wir konnten«, sagt Jacob. Und dann ist da noch dieses eine Detail: Der Schüler, der die Prü-

gelei eröffnete, ist an der Schule als junger Anhänger rechtsextremer Gedanken bekannt; sein Vater zeigt sich bei Facebook, ebenfalls öffentlich einsehbar, dezidiert rechts. Schulleiter Jacob bestätigt, dass dieser Schüler schon in der Vergangenheit vor dem Rauschmiss stand: »Weil er sich immer wieder rechtsextrem äußert, mussten wir ihm kürzlich androhen, beim nächsten schweren Vorfall die Schule zu verlassen.« Wenn man Jacob fragt, ob seine Schule eher ein Problem mit Neonazis habe als mit Flüchtlingen, sagt er: »Ja, das ist so. Ich habe zu meinem Kollegium gesagt: Was Sachsen erlebt, das erleben wir hier im Kleinen. Das ist ein Sumpf, und wir bekommen ihn eins zu eins zu spüren.« In Hütters Pressemitteilung wird all das mit keinem Wort erwähnt. Hat Hütter also selbst getan, was er der Schule vorwirft – einen Teil der Wahrheit vertuscht? »Nein«, sagt Carsten Hütter. »Ich habe das nicht gewusst.

Am Wochenende wurde er nun zum Bundestagskandidaten der Meißener AfD gewählt.



OSTKURVE

Vom Eise befreit

Unlängst pries die ZEIT im Osten Jutta Voigts Buch *Sterblutjahre. Die Boheme des Ostens*. Fürwahr: süffige Lektüre, voller Weltsucht und Herzenskunde. Fatal war allerdings, dass die Autorin dem Leselustling nur 272 Seiten Erfüllung gewährte. Nun folgt Fortsetzung: *Boheme in der DDR. Kunst und Gegenkultur im Staatssozialismus* von Paul Kaiser (Dresdner Institut für Kulturstudien). Der Prachtband widmet sich demselben Thema, aber völlig anders. Der Kulturphilosoph Kaiser erzählt Kunst- und Milieugeschichte und zeigt widerständige Werke, vorzüglich gedruckt.

Beide Bücher sind verblüffend bürgerfreundlich. Traditionell bezeichnet ja Boheme die schöpferische Existenz jenseits bürgerlicher Normen. Aber Kunst handelt von dem, was fehlt. Die SED-Macht nannte ihr Deutschland Arbeiter- und Bauern-Staat. Ihre Norm war proletarisch, ebenso ihr Kunst-Ideal des »sozialistischen Realismus«. »Bürgerlich« stand für gestrig, antisozialistisch, dekadent.

Paul Kaisers Summa-cum-laude-Dissertation liest und beschaute sich wie eine Enzyklopädie des ostdeutschen Eigensinns. Die Wildlinge treten auf, von Renft bis Penck, die Konspirateure von Ticha bis Stasi-Anderson, die Kunstkollektive von Clara Mosch bis Zinnober. Auch die Malerfürsten der Arbeiterklasse posieren: Sitte, Heisig, Mattheuer, Tübke. Paul Kaiser verdammt sie nicht, sondern beschreibt taktisch-opportunistische Ambivalenzen. Werner Tübke, üppigst honoriert, wurde von der Staatsmacht mit dem größten Gemälde der Welt beauftragt. *Frühbürgerliche Revolution in*



Christoph Dieckmann, 1956 in Rathenow geboren, ist Autor und Kolumnist der ZEIT

Deutschland geriet zum Theatrum Mundi, auf dessen Bühne auch der nächste Umsturz bereits erschien. DDR-Offizialkunst und »Gegenkultur« widerstritten einander nicht absolut. Es gab Brücken und Stege, dazu ästhetische Evolutionen, Generationswechsel, Tauwetter-Phasen. Boheme war vor allem selbstbestimmte Existenz, die das eigene Leben und dessen Ausdruck dem Ideologie-Diktat entzog. Boheme verlangte Charakter.

Viele »Gegenkünstler« gingen nach Westen; einige wurden dort Stars. Andere emigrierten in die innerliche Welt. Bis heute ist der Planet Kunst ein Ost-Asyl. »Ins Ungebundene«, sagt Hölderlin, »geht eine Sehnsucht.« Im knatterkalten Winter 1999 war ich in Kanada. Kleinburg bei Toronto beherbergt die wunderbare Galerie der Group of Seven. Diese kanadischen Impressionisten des frühen 20. Jahrhunderts halfen, dass die junge Nation ihre Identität nicht aus Krieg und »Größe« gewann, sondern aus der Natur. Die Hüterin der Bilder erzählte, kürzlich sei ein berühmter Ostdeutscher da gewesen, der Maler Strawalde. Er habe alle Bilder gleich beurteilt: Falsche Malerei! Da spürte ich, fern der befreiten Heimat, wieder den Eishauch der Ideologie.

LEXIKON

Weihnachtsmannfünfkampf, der. Sportart, in der sich rotgekleidete, bärtige Männer winters mit Gleichgesinnten messen. War der W. bislang weitgehend unbekannt, wirbt nun das Ministerium für Ländliche Entwicklung Brandenburg für selbigen: Zur »Waldweihnacht in der Oberförsterei Hammer« seien alle Weihnachtsmänner aufgefordert, sich körperlich zu betätigen, teilt die Pressestelle mit. Welche Disziplinen Teil des Wettbewerbs sind, bleibt unklar. Experten gehen aber davon aus, dass Geschicklichkeit im Sackhüpfen von zentraler Bedeutung sein dürfte. **MAC**



»Sie sind doch von der AfD«

In Weißenfels wurde der direkt gewählte AfD-Abgeordnete aus einer städtischen Gedenkveranstaltung geworfen. Das hätte nicht passieren dürfen **VON MARTIN MACHOWECZ**

Der AfD-Politiker Marcus Spiegelberg, 24, ist aufgewühlt, wenn er erzählt, was ihm am 9. November widerfuhr. »Eine bodenlose Frechheit«, sagt er, »anders kann man das nicht sagen.« Am 9. November, da wurde Spiegelberg aus einer städtischen Gedenkveranstaltung für die Opfer der Reichspogromnacht in Weißenfels geworfen. Die AfD hat den Vorfall danach per Pressemitteilung publik gemacht, »die Stadt Weißenfels sollte sich in Grund und Boden schämen!«, schimpfte Landeschef André Poggenburg; jemanden auszuschließen, nur weil er der AfD angehört! Seither schlägt die Sache Wellen.

Die Einladung steht heute noch im Internet, für den 9. November 2016 riefen die Stadt Weißenfels und das Simon-Rau-Zentrum – ein Verein, der sich um die Aufarbeitung jüdischer Geschichte in der Stadt verdient macht – »alle Bürgerinnen und Bür-

ger« dazu auf, gemeinsam der verfolgten jüdischen Bewohner von Weißenfels zu gedenken. AfD-Mann Spiegelberg, direkt gewählter Landtagsabgeordneter für die Region, beschloss teilzunehmen, mit seiner Verlobten und seiner Mutter. Er sei erst kurz vor Beginn in den Trauersaal gekommen, sagt Spiegelberg, habe sich unauffällig in die zweite Reihe gesetzt – er an den Rand, seine Begleiterinnen daneben. Er habe kein Parteiabzeichen getragen, habe auch kein Wort gesagt. Als die Veranstaltung bereits begonnen habe, sei er, Spiegelberg, jedoch vom Vorsitzenden des Simon-Rau-Zentrums, Enrico Kabisch, im Publikum entdeckt worden.

»Wie von der Tarantel gestochen, lief Herr Kabisch zu mir«, sagt Spiegelberg, »er sagte: »Sie sind doch von der AfD!« Und erklärte, ich sei hier nicht erwünscht und hätte die Veranstaltung zu verlassen.« Weil er das Gedenken nicht habe stören wollen,

seien er und seine Begleiterinnen sofort gegangen. Er sei auch deshalb so fassungslos, sagt Spiegelberg, weil der Rauswurf ihm indirekt Antisemitismus unterstelle, dabei fühle er sich »dem jüdischen Volk als Christ sehr verbunden, und das jüdisch-christliche Abendland ist für mich keine Phrase«. Er bekomme seither pausenlos Solidaritätsbekundungen.

Niemand, der in Weißenfels dabei war am 9. November, bestreitet Spiegelbergs Darstellung. Enrico Kabisch, der Vorsitzende des Simon-Rau-Zentrums, weiß inzwischen auch, dass es juristisch mindestens fragwürdig war, Spiegelberg die Teilnahme an einer städtischen Veranstaltung zu verwehren – aber er mag sich trotzdem nicht entschuldigen: »Es ist schon merkwürdig, dass Leute, die andere politisch ausgrenzen, sich hier ausgegrenzt fühlen«, sagt Kabisch. Er wisse zudem, dass ein Familienmitglied Spiegelbergs in der Vergangenheit auf Facebook durch das

Teilen von Inhalten aufgefallen sei, die er, Kabisch, für revisionistisch halte.

Aber auch wenn man emotional verstehen mag, was Kabisch angetrieben hat: So kann der Umgang mit der AfD nicht funktionieren, das weiß auch der Oberbürgermeister von Weißenfels, Robby Risch, der die Wogen jetzt glätten muss. Er war am 9. November nicht anwesend, sagt: Wenn er da gewesen wäre, hätte er den Rauswurf verhindert. »Eine Demokratie muss die AfD aushalten, Herr Spiegelberg ist direkt gewählt, und wir laden ihn zu öffentlichen Veranstaltungen ein«, sagt Risch. Das Votum der Wähler sei eben zu akzeptieren, daher gelte: »Ausgrenzen ist keine Option.« Wer die AfD ausschließe, betriebe mit deren Leuten genau das, was er ihnen vorwerfe: Ausgrenzung eben. Er, Risch, wolle lieber mit ihnen diskutieren. Und traue sich schon zu, im Zweifel die besseren Argumente zu haben.

ANZEIGE

DRESDEN IM BAROCK
bis 08.01.2017 sowie
ab 17.06.2017

2,- EURO ERSPARNIS
BEI VORLAGE DIESER ANZEIGE!
BIS 28.02.2017 AUF VOLLZAHLETTICKETS

DRESDENS GESCHICHTE HAUTNAH AUF 2.800m² IM 360°-PANORAMA VON YADEGAR ASISI

im
PANOMETERDRESDEN

DRESDEN 1945
14.01. – 11.06.2017

Panometer Dresden
Gasanstaltstraße 8b
01237 Dresden

Besucherservice
T 0341.35 55 34-0
service@panometer.de

Öffnungszeiten
Di – Fr 10 – 17 Uhr
Sa, So, Feiertage 10 – 18 Uhr

Zusätzliche Montage 2017
10 – 17 Uhr: 02.01., 13.02.,
20.02., 17.04., 02.10., 09.10.

DRESDEN IM BAROCK
bis 08.01.2017 sowie
ab 17.06.2017

DRESDEN 1945
14.01. – 11.06.2017

Mit freundlicher Unterstützung **DREWAG**

In Kooperation mit **PM HISTORY**

panometer.de